

Gelnhäuser Tageblatt

ZEITUNGSGRUPPE ZENTRALHESSEN

GELNHÄUSER TAGEBLATT / LOKALES / MAIN-KINZIG-KREIS / LANDKREIS MAIN-KINZIG

Landkreis Main-Kinzig

13.02.2016

Auf Stimmenfang



POLITIK Hauptamtliche Politiker kandidieren auf den Listen ihrer Parteien - werden ein Mandat vermutlich aber nicht annehmen

MAIN-KINZIG - **Main-Kinzig** (skl). Der Kommunalwahlkampf läuft auf Hochtouren, in drei Wochen wird gewählt. Dabei setzen die Parteien auch auf prominente Spitzenkandidaten, die von den Plakaten und auf den Listen um Stimmen werben, um möglichst viele Bürger anzusprechen. Was viele Wähler in diesem Zusammenhang nicht wissen: Es gilt als relativ unwahrscheinlich, dass Bürgermeister, Landräte oder andere hauptamtliche Politiker, die in

ihren Kommunen oder auf Kreisebene auf den Listen ihrer Parteien - oft auf Listenplatz 1 - stehen, im Falle der Wahl ihr Mandat annehmen. Das hätte nämlich zur Voraussetzung, dass sie zum Beispiel ihr Amt als Rathauschef aufgeben, um im Stadt- oder Gemeindeparlament anzutreten.

Der Hintergrund: Ein Rathauschef - das gilt auch analog für einen Landrat oder einen Kreisbeigeordneten - kann nicht gleichzeitig Stadtverordneter und oberster Kopf der Stadtverwaltung sein. Paragraf 37 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO, siehe Kasten) schließt das aus. Und in Paragraf 50 wird deutlich, warum: "Die Gemeindevertretung überwacht die gesamte Verwaltung der Gemeinde und die Geschäftsführung des Gemeindevorstands, insbesondere die Verwendung der Gemeindecinnahmen." Da sich nicht ein und dieselbe Person selbst kontrollieren soll und kann, ist also gesetzlich ausgeschlossen, dass ein Landrat oder Bürgermeister sein Mandat annimmt und gleichzeitig im Amt bleibt.

PARAGRAF 37 HGO

"Gemeindevertreter können nicht sein:

1. hauptamtliche Beamte und haupt- und nebenberufliche Angestellte
 - a) der Gemeinde,
 - b) einer gemeinschaftlichen Verwaltungseinrichtung, an der die Gemeinde beteiligt ist,
 - c) einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, an der die Gemeinde maßgeblich beteiligt ist,
 - d) des Landes, die beim Oberbürgermeister als Behörde der Landesverwaltung beschäftigt sind oder unmittelbar Aufgaben der Staatsaufsicht (Kommunal- und Fachaufsicht) über die Gemeinde wahrnehmen,
 - e) des Landkreises, die mit Aufgaben der Rechnungsprüfung für die Gemeinde befasst sind,
2. leitende Angestellte einer Gesellschaft oder einer Stiftung des bürgerlichen Rechts, an der die Gemeinde maßgeblich beteiligt ist."

Handelt es sich also um Wählertäuschung, wenn das Oberhaupt einer Verwaltung als Zugpferd die Liste seiner Partei anführt, quasi als "Scheinkandidat"? "Dieser Vorwurf wird eher selten formuliert, denn viele Menschen sehen das gar nicht so bürokratisch. Zudem ist das in Hessen ja seit Jahren kein Einzelfall und für den aufmerksamen Bürger auch gut zu differenzieren", ist Landrat Erich Pipa überzeugt, der als Spitzenkandidat der SPD Main-Kinzig in die Kommunalwahl geht. Er hinterfragt: "Wo genau liegt denn in meinem Fall die Täuschung, wenn ich das halte, was ich als Wahlkämpfer verspreche? Ich werfe das auch Landes- und Bundespolitikern nicht vor, die ihr zusätzliches Mandat im Kreistag oder Kreisausschuss annehmen." Er sei seit 30 Jahren hauptberuflich in der Politik im Main-Kinzig-Kreis. Deshalb könne er "bei der wichtigen Kreistagswahl, bei der es um die Zukunft des Main-Kinzig-Kreises" gehe, nicht nur bloß Zuschauer sein. Pipa: "Daher habe ich in Abstimmung mit meinen Parteifreunden entschieden, dass ich als Spitzenkandidat für die SPD antrete. Ich kämpfe für eine Mehrheit im Kreistag für meine Politik, die nach dem 6. März erfolgreich fortgeführt werden soll. Bei meinen Veranstaltungen habe ich den Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger das verstehen." Pipa sieht sich "im Übrigen

nicht als ‚Scheinkandidat‘, sondern vielmehr als einen lebendigen und aktiven Verfechter meiner Ideen und Vorstellungen".

Für Linsengerichts Bürgermeister Albert Ungermann (SPD), der ebenfalls Spitzenkandidat seiner Partei auf Gemeindeebene ist, ist das ein "altes Thema", aber nichts Ungewöhnliches oder Ehrenrühriges: "Ja, das machen im Wahlkampf fast alle Bürgermeister, um symbolisch

die Verbundenheit und Zugehörigkeit zur Partei und zur Fraktion zu zeigen", gibt er offen zu. Es sei auch ein Signal dafür, dass die Fraktion den Bürgermeister unterstützt.

Michael Reul, CDU-Fraktionschef im Kreistag, stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU und Landtagsabgeordneter, sieht es ähnlich: "Grundsätzlich, glaube ich, machen das viele Parteien so - auch die CDU, wenn sie ein gutes Pferd im Stall hat." Dabei gehe es darum, ein Signal zu setzen: "Dafür habe ich Verständnis." Kein Verständnis habe er, wenn die Grenzen verwischen und nicht mehr deutlich werde, in welcher Funktion der Politiker in Aktion trete. Reul: "Zum Beispiel Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky: Nimmt er seine Termine als Oberbürgermeister oder als Spitzenkandidat wahr?" Die Nominierung von Erich Pipa ist in Reuls Augen dagegen ein eindeutiges Signal dafür, dass für den 67-Jährigen auch schon der Wahlkampf für die Landratswahl 2017 begonnen habe. Vor fünf Jahren, erinnert der Christdemokrat, habe Pipa noch nicht auf der SPD-Liste gestanden.

Anzeige

Mehr Netto vom Brutto, weniger Bürokratie



Für Selbstständige und Unternehmer bringt das neue Jahr so manchen Grund zur Freude, etwa wenn es um die leidige Bürokratie geht. Zudem steigen wichtige Freibeträge. So profitieren Sie 2016.

[zum Artikel](#)